WP-04-127-2 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Clara Gerlach (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 127 bis 132:
~~Wir gehen konsequent gegen ausbeuterische Vermietung vor und schaffen mit der Treuhandverwaltung ein neues Instrument, um bei schweren Missständen eingreifen zu können. Als letztes Mittel ermöglichen wir die Enteignung besonders problematischer Immobilien. Übernachtungsplattformen wie Airbnb regulieren wir in angespannten Wohnungsmärkten, damit der begrenzte Wohnraum zum dauerhaften Wohnen, statt zur touristischen Vermietung zur Verfügung steht.~~

Wir wollen das bezahlbare Wohnen im Bestand sichern

Wir schützen Mieter*innen wirksam vor steigenden Mieten, Verdrängung und Preisspekulation. Niemand soll durch gezielte Entmietungsstrategien, Schikanen oder missbräuchliche Modernisierungsmaßnahmen aus seinem Zuhause gedrängt werden. Wir weiten die Mietpreisbremse auf mehr Städte aus, stärken die Kappungsgrenze und ermöglichen Kommunen durch eine landesweite Verordnung, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen. Gleichzeitig stärken wir die sozialen Erhaltungssatzungen, damit gewachsene Nachbarschaften erhalten bleiben und Menschen nicht durch Aufwertung und steigende Wohnkosten aus ihren Vierteln verdrängt werden.

Wir gehen mit einer „Miet-Schutz-Offensive“ gemeinsam mit den Kommunen, dem Mieterbund und den Verbraucherzentralen konsequent gegen Mietpreisüberhöhung und Mietwucher vor. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene für deutlich vereinfachte Verfahren und geringere Nachweishürden ein, damit Kommunen und Strafverfolgungsbehörden Verstöße wirksam ahnden und den Straftatbestand Mietwucher konsequent verfolgen können. dazu wollen wir auch die Strafverfolgungsbehörden entsprechend befähigen.

Wir schöpfen die bisher möglichen Preisbremsen gegen steigende Mieten voll aus und setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Lücken bei Neubau, Möblierung und Bestandsmieten geschlossen werden. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Reform des Mietspiegels, um die Mietstruktur besser abzubilden. Wir machen es für Kommunen leichter einen angespannten Wohnungsmarkt selber rechtssicher feststellen zu können. So sollen Kommunen dort eingreifen, wo der Markt am angespanntesten ist.

Wir schaffen eine landesweite Fachstelle für Wohnungsaufsicht, die Kommunen bei der Durchsetzung des Wohnraumschutzes unterstützt. Sie bündelt rechtliche und fachliche Expertise, berät bei schwierigen Verfahren und erleichtert durch einheitliche Standards und Fortbildungen die Arbeit in den Kommunen.

Auch Mieten-Apps machen Bestandsmieten transparenter und helfen Mieter*innen, die Höhe ihrer Miete besser einzuordnen. Wir wollen einen digitalen Mieten-Check einrichten, der Mieter*innen die ortsübliche Vergleichsmiete für eine Wohnung anzeigt und Mietwucher transparent macht. So stärken wir Mieter*innen dabei, ihre Rechte zu kennen und wahrzunehmen und schaffen gleichzeitig Klarheit für Vermieter*innen, welche Miethöhe
angemessen und rechtlich zulässig ist.

Wir gehen konsequent gegen ausbeuterische Vermietung vor und schaffen mit der Treuhandverwaltung ein neues Instrument, um bei schweren Missständen eingreifen zu können. Als letztes Mittel ermöglichen wir die Enteignung besonders problematischer Immobilien. Übernachtungsplattformen

wie Airbnb regulieren wir in angespannten Wohnungsmärkten, damit der begrenzte Wohnraum zum dauerhaften Wohnen, statt zur touristischen Vermietung zur Verfügung steht. Wir setzen uns für Rechtsklarheit ein, bei der Unterscheidung zwischen gewerblichem und "regulärem" Wohnen.

Missbräuchliche Eigenbedarfskündigungen sind für viele Mieter*innen ein großes Problem. Ein automatischer Abgleich mit dem Melderegister kann diesem Missbrauch einfach vorbeugen.

--
Die oberen Absätze ersetzen oder modifizieren Zeilen 127 bis 147

--

Nach Zeile 164 ergänze:

Wir akzeptieren keine Diskriminierung von Alleinerziehenden, Menschen mit kinderreichen Familien oder Menschen mit Migrationsgeschichte im Mietmarkt.

Begründung

Erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Harald Schwenk (KV Düsseldorf); Maximilian Fries (KV Düsseldorf); Thorsten Graeßner (KV Düsseldorf); Maria-Catharina Brenig (KV Düsseldorf); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Julia Schnetger (KV Essen); Claus Prommersberger (KV Düsseldorf); Bianca Boeck (KV Düsseldorf); Jörg Weule (KV Düsseldorf); Daniela Klutzeweit (KV Düsseldorf); Daniela Welk (KV Düsseldorf); Cornelia Dienstbach (KV Düsseldorf); Mathias Keßler (KV Düsseldorf); Uwe Zimmermann (KV Düsseldorf); Silke Antelmann (KV Düsseldorf); Helene van gen Hassend (KV Düsseldorf); Thomas Fritz (KV Düsseldorf); Christine Namislo (KV Düsseldorf); Diana Hein (KV Düsseldorf)